grun journal

INHALT

Ganztagsschulen

Bei Ganztagsschulen muss die Qualität im Fokus stehen.

Elektroschrott

Die Effektivität der Kontrollen muss verbessert werden.

Tempo 30

Die Grünen wollen mehr Sicherheit in Wohngebieten.

Neues Angebot für Verschuldete

Verschuldete GeringverdienerInnen und Arbeitslosengeld I-EmpfängerInnen haben seit einem Urteil des Bundessozialgerichts keinen Anspruch mehr auf kostenlose Schuldnerberatung. "Überschuldung kann dazu führen, dass die Betroffenen ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können, ihre Wohnung und im schlimmsten Fall auch noch ihren Arbeitsplatz verlieren. Ihr Lebensunterhalt ist gefährdet. Existenzängste, Stress und Verzweiflung führen zu massiven psychosozialen Problemen. Für die Betroffenen ist die Schuldnerberatung oft die letzte Hoffnung", erklärt die sozialpolitische Sprecherin Susanne Wendland. Die Grünen haben beschlossen, für SchuldnerInnen diese Beratung als freiwillige kommunale Leistung einzurichten. Denn eine Beratung dürfe nicht vom Geld abhängig sein, so Susanne Wendland.



Atomexporte stoppen

Is erstes Bundesland schließt Bremen den Transport von Kernbrennstoffen über seine Häfen aus. Die entsprechende Teilentwidmung hat die Regierungskoalition beschlossen, um die Sicherheit der Bevölkerung zu verbessern und die Lösung der Atommüll-Problematik voranzutreiben. Eine Abkehr vom Prinzip der Universalhäfen, wie das Wirtschaftsverbände und CDU weismachen wollen, ist mit dieser Änderung des Hafenbetriebsgesetzes nicht verbunden.

"Die Bremischen Häfen dürfen nicht auf Kosten der Sicherheit von Menschen als Drehscheibe für das Hin-und-her-Verschieben hoch radioaktiver Kernbrennstoffe herhalten. Diese Exporte wollen wir so weit wie möglich verhindern. Wer Müll produziert, muss ihn auch entsorgen. Bis heute gibt es kein umfassendes Konzept zum Atomausstieg. Die Bundesregierung muss endlich ernsthaft und transparent nach einem geeigneten Endlager suchen", betont Anne Schierenbeck.

Die energiepolitische Sprecherin der Grünen verweist zudem darauf, dass es für alle erdenklichen Gefahrenstoffe klare Regelungen gibt. Ausgerechnet für nukleare Kernbrennstoffe ist das aber bisher nicht der Fall. "Wir betreten juristisches Neuland. Das Bremische Hafenbetriebsgesetz ist sicherlich nicht der alleinige Hebel, der die Atomwirtschaft stoppen kann. Um eine juristisch möglichst wasserdichte Regelung vorzulegen, haben uns die Gutachter z.B. davon abgeraten, das Transportverbot auch auf Uranhexafluorid auszuweiten. Wir haben jetzt den Schritt gemacht, der uns als Land möglich ist. Wir hoffen, dass sich uns andere Hafenstädte anschließen. Das Ringen um den weitestgehenden Stopp von Atomtransporten geht weiter", so Anne Schierenbeck.

Der Hafenwirtschaft indes schadet das Transportverbot von Kernbrennstoffen aus Sicht der Grünen nicht, sondern stärkt im Gegenteil die Logistikbranche. "Der Transport von Kernbrennstoffen gefährdet massiv die Sicherheit und die reibungslosen Abläufe in den Häfen. Großdemos gegen die Castoren-Verschiffung können die Häfen über Tage lahmlegen – das wäre eine Katastrophe für Logistiker, die termingerecht liefern müssen", unterstreicht der hafenpolitische Sprecher Frank Willmann.

Mehr Ganztagsschulen



er Ausbau von Ganztagsschulen geht weiter: Zum neuen Schuljahr werden zwei gebundene Ganztagsschulen eingerichtet, bei denen das Nachmittagsangebot für alle Kinder verpflichtend ist. Hinzu kommen neun offene Ganztagsschulen – mit freiwilliger Teilnahme am Nachmittagsangebot. Die bereits als Verlässliche Grundschule Plus arbeitende Schule an der Admiralstraße firmiert fortan ebenfalls als offene Ganztagsschule. Alle, die an diesen Ganztagsschulen für ihre Kinder einen Platz erhalten, haben dann auch einen Anspruch auf ganztägiges Lernen. Zudem bleiben die Horte bestehen, damit auch die Früh- und Spätbetreuung sowie ein Ferienangebot für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sichergestellt ist.

Bis zum Oktober sollen an den zehn Standorten Erfahrungen mit den unterschiedlichen Konzepten der offenen Ganztagsschule gesammelt werden. Nach der Auswertung erfolgt die Entscheidung, in welcher Form ganztägiges Lernen in den folgenden Jahren weiter vorangetrieben wird

Für Grüne zählt Qualität

Mit dieser Entscheidung ist ein Ganztagsschulmodell, bei dem gerade mal ein Drittel der Kinder einen Platz erhalten hätte und noch viele Fragen in punkto Qualität offen waren, vom Tisch. "Wir haben immer gesagt, dass Grüne einer 'Ganztagsschule light' nicht zustimmen können. Ganztagsschule bedeutet für uns gewiss nicht, dass Kinder vormittags im 45-Minuten-Takt lernen und nachmittags Halma spielen. Die Lehre aus der PISA-Studie kann nur sein, von Anfang an die Qualität zu steigern und die Förderung der Kinder voranzutreiben", betont die bildungspolitische Sprecherin Sülmez Dogan.

Mehr Zeit zum Lernen

Im Grunde sind sich alle Fachleute einig: Die gebundene Ganztagsschule, an der alle Kinder gemeinsam und verbindlich bis in den Nachmittag hinein teilnehmen, ermöglicht ein pädagogisches Gesamtkonzept, das am erfolgversprechendsten den engen Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungschancen überwinden kann. Deshalb ist der weitere Ausbau dieser Schulform wichtig. "Die Kinder profitieren davon, dass die gebundene Ganztagsschule mehr Zeit zum Lernen lässt und die intensive individuelle Förderung großschreibt. Zwischen Kindern und LehrerInnen kann sich ein solides Vertrauensverhältnis aufbauen, so dass Schwierigkeiten frühzeitig erkannt und behoben werden können. Ein Pluspunkt dieser Ganztagsschule ist zudem die Verzahnung von Unterricht und anderen Aktivitäten. Das

führt zu einer kindgerechten Lernkultur, die durch ein ausgewogenes Verhältnis von Lernen und Entspannen geprägt ist. Nicht zuletzt können die Schülerinnen und Schüler bei den Zusatzangeboten ihre besonderen Fähigkeiten entdecken und entfalten" unterstreicht Sülmez Dogan.

Die Vorzüge einer gebundenen Ganztagsschule sind auch bei einer teilgebunden Schule möglich: Ein Teil der Kinder entscheidet sich dort verpflichtend für den rhythmisierten Ganztagsunterricht; der andere Teil für die klassische Halbtagsschule, wenn Eltern z.B. mehr Zeit mit ihrem Kind verbringen oder es an außerschulischen Aktivitäten teilhaben lassen wollen. Ob das offene Modell eine echte Alternative dazu sein kann, ist aus grüner Sicht noch fraglich.

Solide Entscheidungsbasis

Ehe in der Fläche ein womöglich unzureichendes System installiert wird, besteht bis Herbst nun Zeit für die Erarbeitung eines schlüssigen und auf gesammelten Erfahrungen beruhenden Konzeptes für ganztägiges Lernen. "Für uns kommt es auch darauf an, dass dabei die verlässliche Betreuung der Kinder außerhalb der Schulzeit sichergestellt wird. Die Planungen müssen ganz eng aufeinander abgestimmt werden", so Sülmez Dogan.

Grüne wollen Zuständigkeiten neu regeln

Effektivere Kontrollen für Elektroschrott gefordert

berall auf der Elektroschrott-Halde am Rande der ghanaischen Hauptstadt Accra brennen kleine Feuer: Kinder und Jugendliche entfernen so die Isolierungen von Elektrokabeln und die Plastikgehäuse von Computern, Radios und Fernsehern, um an das Kupfer zu gelangen. Hier ist Kupfer das Gold der Armen. Die Altmetalle aus dem Wohlstandsmüll bringen ein paar Cents fürs Essen – der giftige Rauch, die Schwermetalle und Chemikalien hingegen oft den frühen Tod.

Allein aus Deutschland werden nach UN-Angaben jährlich tausende Tonnen Elektroschrott nach Ghana verschifft auch über die Häfen in Bremen und Bremerhaven. Der giftige Elektroschrott wird in den Papieren für den Zoll einfach als Secondhand-Ware deklariert. Laut Deutscher Umwelthilfe ein lukratives Geschäft, weil der Transport nach Afrika günstiger als die Entsorgung hierzulande ist. Bislang fliegen diese illegalen Elektromüll-Exporte

nur gelegentlich auf. "Eine effektive Kontrolle ist aufgrund von Zuständigkeitsmängeln zurzeit nicht möglich. Die Bremer Wasserschutzpolizei würde diese Transporte zwar gerne kontrollieren. Anders als in Hamburg gehört das aber nicht zu ihren Aufgaben. So fehlt ihr beispielsweise das Recht, die Frachtpapiere und Datenbanken gezielt zu sichten", erläutert der innenpolitische Sprecher Björn Fecker. Die Grünen machen jetzt nach einem ersten Vorstoß vor zwei Jahren einen erneuten Anlauf, um effiziente Kontrollen in Bremen und Bremerhaven zu erreichen.

"Wir wollen das schmutzige Geschäft mit dem Elektroschrott bekämpfen. Wir wollen nicht hinnehmen, dass dieser Müll nach Afrika transportiert und dort von Kindern und Jugendlichen ohne Schutz auseinandergenommen wird. Sie ruinieren ihre Gesundheit. Die giftigen Dämpfe, Flüssigkeiten und Schwermetalle verseuchen die Luft und den Boden. Wir müssen alle Möglichkeiten

> sen Raubbau an der Gesundheit von Menschen und der Umwelt zu verhindern". betont die umweltpolitische Sprecherin Maike Schaefer, Damit die Bremischen Häfen nicht als Schlupfloch für illegale Mülltransporte dienen, sollen die Kontrollmöglichkeiten der Polizei erweitert werden. Dafür sollen die Zuständigkeiten zwischen Polizei, Umweltbehörde und Zoll verbessert werden.

Damit in Bremen der Elektroschrott nicht länger in falsche Hände gerät, sollen insbesondere Elektrogeräte nicht mehr als Spermüll an den Straßenrand gestellt werden. Geplant ist, sie künftig direkt aus den Haushalten abholen zu lassen.



Sonntags in die **Stadtbibliothek**

Die Grünen wollen die Sonntagsöffnung der Stadtbibliothek ermöglichen. Um die Stadtbibliotheken allen anderen Kultureinrichtungen gleichzustellen, soll der Senat im Bundesrat einer Änderung des Bundesarbeitszeitgesetzes zustimmen. Zugleich soll er prüfen, wie die Sonntagsöffnung schon im Rahmen der zurzeit geltenden Gesetze als Modellprojekt oder in Verbindung mit kulturellen Veranstaltungen wie Lesungen, Themensonntagen und Vorlesestunden für Kinder realisiert werden kann. Das hat die Bürgerschaft auf Initiative der Grünen beschlossen. "Die Sonntagsöffnung der Stadtbibliothek kommt Eltern mit Kindern und stark beanspruchten ArbeitnehmerInnen entgegen, die werktags kaum Zeit für den Besuch dieser wichtigen Kultureinrichtung haben", so der kulturpolitische Sprecher Carsten Werner.

Einbürgerung für Kinder erleichtern

Die Grünen wollen die Einbürgerung für Kinder und Jugendliche erleichtern, die mit Aufenthaltserlaubnissen aus humanitären Gründen hier leben. Das muss durch die konsequente Anwendung des internationalen Übereinkommens über die Rechte des Kindes ermöglicht werden. "Unser Grundsatz ist: hier geboren, hier zuhause. Wir wollen einen weiteren Schritt machen, um integrierten Kindern und Jugendlichen eine Perspektive zu eröffnen", erläutert der innenpolitische Sprecher Björn Fecker.

Newsletter für Kultur/Netzpolitik

Über Positionen und Beschlüsse der Grünen zu Kunst, Kultur, Medien sowie Netzpolitik und Datenschutz informiert ein neuer Newsletter der Fraktion. Er erscheint zwei Mal monatlich. Interessierte können ihn in der Newsletter-Rubrik auf der Fraktionshomepgae abonnieren.



Für mehr Sicherheit in Wohngebieten

Tempo 30 ausweiten

ie Grünen wollen, dass künftig möglichst in allen Bremer Wohnstraßen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit gilt. Der Senat soll ermitteln, in welchen Wohnstraßen derzeit noch Tempo 50 erlaubt ist. Diese Straßen sollen in Tempo-30-Zonen umgewandelt werden, wenn Beiräte und AnwohnerInnen das wollen. Die Entscheidung darüber sollen die Beiräte treffen.

"Wir wollen die Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmenden wie FußgängerInnen und RadfahrerInnen verbessern. Dazu gehören auch RollstuhlfahrerInnen und ältere Menschen, die auf Rollatoren angewiesen sind. Neben mehr Verkehrssicherheit sorgt Tempo 30 auch für mehr Lebensqualität, gerade auch für Eltern und Kinder", erläutert der verkehrspolitische Sprecher Ralph Saxe.

Je langsamer ein Auto fährt, desto kürzer ist der Anhalteweg. Auch die Wucht des Aufpralls nimmt bei Tempo 30 deutlich ab. "Die Anzahl und die Schwere der Unfälle sinken in Tempo-30-Zonen nachweislich", betont Ralph Saxe. So ging beispielsweise in Hamburg die Zahl der Schwerverletzten in Tempo-30-Zonen um gut 40 Prozent zurück, in Münster um rund 70 Prozent.

Für AutofahrerInnen schafft das Vorhaben mehr Klarheit: Sie wüssten dann, dass sie generell vom Gas gehen müssen, sobald sie von einer Hauptverkehrsstraße in eine Wohnstraße einbiegen.

Die Forderung nach mehr Tempo-30-Straßen bezieht sich ausdrücklich auf Wohngebiete. Ein generelles Tempolimit auf allen Straßen ist damit angesichts des Wirtschaftsstandortes Bremen nicht verbunden.

Abschlüsse besser anerkennen

eil ihre Berufsabschlüsse in Deutschland nur schwer anerkannt werden, müssen viele Migrantlnnen bisher Arbeiten weit unter ihrer Qualifikation verrichten. Damit wird das Potenzial von Fachkräften ungenutzt gelassen. Zwar gilt im Bund jetzt ein Gesetz zur besseren Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Allerdings haben es Union und FDP versäumt, die Nachqualifizierung festzuschreiben. "Die Nachqualifizierung ist aber nötig, um das Gesetz zu einem

Erfolg für den Arbeitsmarkt und die Integration zu machen. Hier lebende Migrantlnnen müssen die Möglichkeit erhalten, ihre mitgebrachten Berufsabschlüsse durch Nachqualifizierungen zu ergänzen und so den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden. Dafür erwarten wir vom Senat ein Konzept. Das Konzept soll u.a. auch die Beratung zur Anerkennung der Abschlüsse durch interkulturell geschultes Personal sicherstellen", betont die migrationspolitische Sprecherin Zahra Mohammadzadeh.

Schluss mit Ponykarussells

Die Grünen setzen sich dafür ein, Ponykarussells auf Jahrmärkten in Bremen zu untersagen. Der Senat soll dafür die rechtlichen Grundlagen schaffen. "Ponykarussells sind mit dem Tierschutz nicht vereinbar. Ihre Wirbelsäulen und Beine sind nicht auf stundenlanges Laufen im Kreis ausgelegt. Der Lärm stresst die Fluchttiere", betont die zuständige Sprecherin Linda Neddermann.

Wahlbeamte als Ortsamtsleitung

Um Klagen und erhebliche Verzögerungen bei der Besetzung von vakanten Ortsamtsleitungen zu verringern, soll die Aufgabe künftig von WahlbeamtInnen übernommen werden. Die Beiräte wählen sie dann direkt. "Die OrtsamtsleiterInnen schaffen die Grundvoraussetzungen für gute Beiratsarbeit in den Stadtteilen. Über Jahre unbesetzte Stellen sind deshalb unzumutbar", erklärt die Sprecherin für Beiräte, Marie Hoppe, die Gesetzesinitiative. (pk)

Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20, 28195 Bremen
Tel.: 0421 /3011-0
E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de
ViSdP: Matthias Makosch
Texte: M. Makosch, P. Köpke (pk)
Fotos: E. Meyer, iStockphoto

Druck: Geffken & Köllner, Bremen